

Übergänge gestalten in Vorpommern-Rügen



Dokumentation

Werkstatttagung Stralsund

18. Januar 2012



Der **Regionale Knoten** Mecklenburg-Vorpommern im
Rahmen des **Kommunalen Partnerprozesses**
„**Gesund aufwachsen für alle!**“ in Zusammenarbeit
mit der
AG Gesundheitsförderung Stralsund

Inhaltsverzeichnis

Thematische Einleitung	2
Begrüßung	3
Jörg Heusler: Fachdienstleiter, Fachdienst Gesundheit Vorpommern-Rügen	
Einführungsreferat	6
Ralf Schattschneider: Referent im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern	
Arbeit in den Arbeitsgruppen.....	18
Arbeitsgruppe I: Übergänge Familie – Kita – Grundschule	18
Prof. ⁱⁿ Dr. ⁱⁿ phil. habil. Barbara Bräutigam: Hochschule Neubrandenburg, Professur für Psychologie, Kinder-/Jugend-/Familientherapeutin	
Arbeitsgruppe II: Übergänge Grundschule – Orientierungsstufe	21
Dr. ⁱⁿ med. Susanne Schmidt: Hanse-Klinikum Stralsund, Ärztin und Kinderpsychologin Karin Henning: Caspar David Friedrich Schule Greifswald, Lehrerin	
Arbeitsgruppe III: Übergänge Regionale Schule/Praxislernen – Berufsschule	27
Anke Thurow: Caspar David Friedrich Schule, Greifswald, Lehrerin Heike Gerth: Caspar David Friedrich Schule, Greifswald, Lehrerin	
Abschluss	32
Kontaktdaten.....	36
Impressum.....	38

Thematische Einleitung

Der Weg unserer Kinder und Jugendlichen in die Gesellschaft ist von zahlreichen Veränderungen und Herausforderungen geprägt. Dazu gehört sowohl der Wechsel von dem gewohnten Tagesablauf in der Familie in die Kindertagesstätte genauso wie der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule, als auch der Übertritt in eine weiterführende Schule bis hin zur Berufsschule.

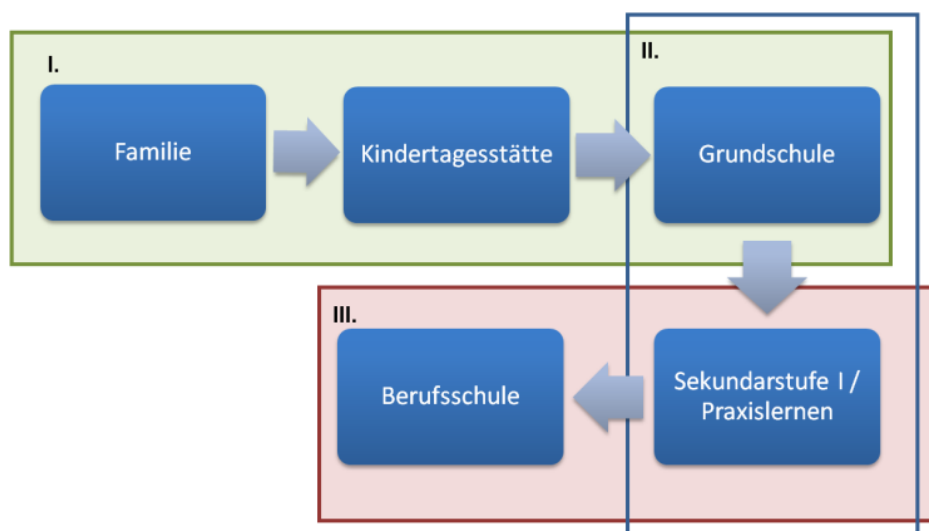
Damit gelungene Übergänge der einzelnen Stationen im Leben unserer Kinder gewährleistet werden können, müssen alle Beteiligten in Sachen Erziehung, Bildung und Gesundheit an einem Strang ziehen. Für Eltern, pädagogisches Personal, Sozial- und StadtteilarbeiterInnen, AusbildungsleiterInnen u. a. in diesen Lebenswelten bedeutet dies, zusammen zu arbeiten und gesundheitsförderliche Strukturen weiterzuführen.

Auf Grund der Neuausrichtung der Gesundheitsförderung im Großkreis Vorpommern-Rügen fand am 18. Januar 2012 im Rathaus Stralsund die Werkstatttagung

„Übergänge gestalten in Vorpommern-Rügen“ statt.

Im Rahmen des kommunalen Partnerprozesses „Gesund aufwachsen für alle!“ lud der Regionale Knoten Mecklenburg-Vorpommern im Nationalen Kooperationsverbund „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“ bei der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung MV e. V. in Zusammenarbeit mit der AG Gesundheitsförderung Stralsund alle Akteure aus dem Sozial- und Gesundheitswesen ein. Diese Tagung bot Raum für den Erfahrungsaustausch der Teilnehmenden und die Vernetzung der kommunalen Strukturen, um Kinder- und Jugendgesundheit in den Übergängen zu stärken. In drei unterschiedlichen Arbeitsgruppen konnten die Teilnehmenden Handlungsstrategien erarbeiten, um zum Abschluss eine Antwort auf die Frage „Wie geht’s weiter 2012?“ zu finden.

Auf den folgenden Seiten dieser Dokumentation werden die wesentlichen Inhalte der Werkstatttagung dargestellt.



Begrüßung

Jörg Heusler: Fachdienst Gesundheit Vorpommern Rügen, Fachdienstleiter



Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Sie alle ganz herzlich, insbesondere Herrn Ralf Schattschneider vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern. Weiterhin begrüße ich herzlich unsere heutigen Referentinnen Frau Prof. Dr. Bräutigam, Frau Dr. Schmidt, Frau Henning, Frau Thurow, Frau Gerth und die Mitarbeiterinnen der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung.

Warum haben wir uns heute zu dieser Werkstatttagung zusammengefunden?

Mit dieser Tagung möchten wir die Übergänge in allen Altersgruppen anschieben und stärken. Sie dient weiterhin als An-schub für die Etablierung einer institu-tionsübergreifenden Präventionskette.

Denn wir setzen uns für eine bessere Kommunikation zwischen den Settings in denen Kinder und Jugendliche sich aufhalten ein, um den Übergang entspannt und angenehm für die MultiplikatorInnen und auch für die Kinder und Jugendlichen sowie deren Eltern zu gestalten. Letztendlich möchten wir mit dieser Tagung die Zusammenarbeit im neuen Großkreis organisieren.

Wir haben uns gezielt für diese Zusammensetzung der Teilnehmenden entschieden, da Sie die MultiplikatorInnen dieses neuen Großkreises verkörpern. Wir möchten Sie hiermit bei der zukünftigen Ziel-richtung im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention unterstützen.

Die inhaltliche Grundlage für das Projekt des Kommunalen Partnerprozesses „Gesund aufwachsen für alle!“ stellen die Handlungsempfehlungen für die Kinder- und Jugendgesundheit des Nationalen Kooperationsverbundes „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“ dar. Bei seinem Kooperationstreffen am 30. November 2011 wurde die Urkunde für den Partnerprozess (siehe S. 5) an diesen Landkreis übergeben. Diese Werkstatttagung dient als nächster Schritt für die Weiterführung des Prozesses. Das Projektvorhaben wird durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) gefördert.

Nun stellt sich die Frage, welche Strukturen im Landkreis durch die Kreisgebietsreform für Gesundheitsförderung derzeit vorhanden sind. Dazu möchte ich Ihnen die „Gesundheitsinsel Rügen e. V.“, die „AG Gesundheitsförderung“ unter der Koordination von Ulf Kolbe und das „Netzwerk Frühförderung“ nennen. Die Herausforderung stellt die gemeinsame Arbeitsstruktur dar.

Als heutiges Ziel der Tagung möchten wir mit Ihnen die folgenden Fragen beantworten:

- ❖ Können Sie sich eine Mitarbeit an oder in einem Arbeitskreis Gesundheits-

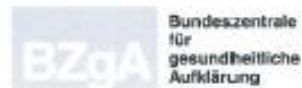
förderung zu bestimmten Themen vorstellen, um gemeinsam „Gesundes aufwachsen für alle!“ von 0 – 22 Jahren im neuen Großkreis Vorpommern-Rügen zu ermöglichen?

- ❖ Welche Erwartungen haben Sie zukünftig an einen Arbeitskreis Gesundheitsförderung?

Wir würden uns freuen, wenn Sie durch das Ausfüllen und die Abgabe des Profilblatts in Ihrer Tagungsmappe uns diese Fragen bis zum Abschluss der Tagung beantworten und am Ausbau des kommunalen Vernetzungsprozesses sich beteiligen würden.

Weiterführende Links:

- ❖ www.lvg-mv.de
- ❖ www.aktionsbuendnis-gesundheit.lvg-mv.de
- ❖ www.gesundheitliche-chancengleichheit.de
- ❖ www.bzga.de



PARTNERSCHAFTSVEREINBARUNG

zwischen dem

Landkreis Vorpommern-Rügen

und dem

Kooperationsverbund „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“

zur Teilnahme am

kommunalen Partnerprozess „Gesund aufwachsen für alle!“,

initiiert durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Gesunde Städte-Netzwerk.

Der Landkreis Vorpommern-Rügen arbeitet mit dem Kooperationsverbund „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“

im Rahmen des kommunalen Partnerprozesses „Gesund aufwachsen für alle!“ freiwillig und partnerschaftlich zusammen. Im Mittelpunkt stehen die Entwicklung, der Aufbau und die Umsetzung kommunalspezifischer Strategien und Konzepte zur Gesundheitsförderung bei sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen.

Grundlage für alle Aktivitäten sind die vom Kooperationsverbund formulierten Handlungsempfehlungen „Gesundheitschancen von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen nachhaltig verbessern!“.

Der Kooperationsverbund unterstützt den Landkreis Vorpommern-Rügen hierbei über drei Säulen:

- über seine bundesweite Netzwerkstruktur als fachlicher Rahmen
- über die Regionalen Knoten / Landesvereinigungen für Gesundheitsförderung als direkte Ansprechpartner sowie
- über ein innovatives und bedarfsgerechtes Onlineangebot

Der Landkreis Vorpommern-Rügen erklärt sich bereit,

aktiv am kommunalen Partnerprozess „Gesund aufwachsen für alle!“ teilzunehmen.

Der gemeinsame Erfahrungsaustausch gestaltet sich rege und kontinuierlich.

Der Landkreis Vorpommern-Rügen lässt über die Onlineplattform www.gesundheitliche-chancengleichheit.de weitere Partnerkommunen an ihren Erfahrungen bei der Umsetzung der Handlungsempfehlungen teilhaben.

Wir nehmen am kommunalen Partnerprozess „Gesund aufwachsen für alle!“ teil.

Berlin, den 30. November 2011

Prof. Dr. Elisabeth Pott
Direktorin der Bundeszentrale
für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Ulf Kolbe
Landkreis Vorpommern-Rügen

Einführungsreferat

Ralf Schattschneider: Referent im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern



Sehr geehrte Damen und Herren, ich bedanke mich sehr für Ihre Einladung und freue mich über die Möglichkeit, zu dem wichtigen Thema der Gestaltung von fließenden Übergängen im System Schule sprechen zu können.

Alle Bildungsprozesse im Kindes- und Jugendalter sind durch vielfältige Übergangssituationen gekennzeichnet. Für Kinder und Jugendliche eröffnen sich dabei neue Erfahrungswelten und Perspektiven, bewährte Strategien müssen verändert und neu entwickelt werden.

Die hohen Anforderungen an die Kinder und Jugendlichen zur Bewältigung der Übergänge machen ein professionelles Handeln aller Beteiligten in enger

Kooperation erforderlich. Natürlich haben Eltern dabei die Hauptverantwortung für ihr Kind, gefolgt von der Schule, die nach §1 des Schulgesetzes MV ausdrücklich für Bildung und Erziehung Verantwortung trägt. Was ist aber dann, wenn Eltern dieser Verantwortung nicht nachkommen können oder wollen. Besonders diese Kinder haben im System Schule Probleme. Schule allein kann diese Defizite nicht kompensieren. Schule bedarf dann dringend auch externer, d. h. Ihrer Unterstützung. Alle Partner, die in der Region mit und am Kind arbeiten, sollten hier sehr eng zusammenwirken, angefangen bei der Kita, über den Hort, die Jugendsozialarbeit, soziale Träger, Sportvereine bis hin zu Bibliotheken oder Kultureinrichtungen.

Verehrte Anwesende, in meinen nachfolgenden Ausführungen möchte ich Ihnen die Schnittstellen bei den Übergängen in den verschiedenen Bildungsabschnitten verdeutlichen und auf zwei, aus meiner Sicht, wichtige Einflussfaktoren eingehen.

1. Der Übergang von der Kindertagesstätte zur Grundschule

Der gesetzliche Rahmen ist im SGB VIII, dem Kinderförderungsgesetz und den entsprechenden Verordnungen und Erlassen und im Schulgesetz MV, §13 Abs. 2 begründet. Mit diesen Texten möchte ich Sie nicht langweilen. Ziel muss es sein, dass an den vorschulischen Erfahrungen und den

individuellen Ausgangslagen der Kinder angeknüpft wird.

Es muss uns gelingen beim Übergang in die Grundschule einerseits eine Kontinuität sicherzustellen, andererseits müssen sich die Kinder aber auch neuen Anforderungen stellen. Der Rahmen der Bildung, die Struktur, Arbeitstechniken, Lerninhalte sind anders und nicht zuletzt wird eine Bewertung in der Schule vorgenommen, wenn auch nicht gleich mit Noten. Kindliche Bildungsprozesse sind durch Übergangssituationen gekennzeichnet. Übergänge enthalten jeweils Chancen, aber auch Risiken für die Entwicklung eines Kindes. Deshalb sollten emotionale Belastungen, Stresssituationen u. ä. vermieden werden.

Der Übergang von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule ist ein einschneidendes Ereignis im Leben eines Kindes und seiner Familie. Ich glaube alle Anwesenden kennen die strahlenden Kinderaugen, die oft auch nicht nur auf den überdimen-

sionierten Schultüten, Festlichkeiten und Geschenken basieren.

Die Bewältigung dieses Übergangs ist ein entscheidender Faktor für die weitere Bildungsbiographie des Kindes und dessen Perspektiven im weiteren Leben.

Wichtig für die Gestaltung dieses Prozesses ist es, beim Kind keine Ängste zu schüren, es bei der Bewältigung von Stresssituationen zu unterstützen und damit sein Selbstbewusstsein zu stärken. Für das Gelingen des Übergangs ist gleichermaßen entscheidend, dass die Beziehung zwischen Schule und Eltern bereits vor der Einschulung angebahnt und gestaltet wird. Wichtig ist dies besonders für Kinder, deren Familien besonderen Belastungen ausgesetzt sind, ob alleinerziehende, sozial schwache Familien, bildungsferne oder auch Familien mit einem Migrationshintergrund. Besonders hier ist es sehr wichtig, dass die Kita die Eltern frühzeitig mit der Schule zusammenbringt. Die Kita hat den Auftrag, den Übergang der Kinder in die Grundschule gezielt vorzubereiten, zu begleiten und mitzugestalten.



Dazu sollen die Fachkräfte der Kindertageseinrichtungen, die Tagespflegepersonen und die Lehrkräfte der Grundschulen in einem gleichberechtigten, partnerschaftlichen Verhältnis zusammenarbeiten und nach Möglichkeit in geeigneten Bereichen an gemeinsamen Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen teilnehmen. Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen sollen Kooperationsvereinbarungen sein. Schon in den Kindertageseinrichtungen werden die kindlichen Entwicklungsverläufe gezielt beobachtet und dokumentiert. Die Ergebnisse sind auch Gegenstand von Entwicklungsgesprächen mit Eltern. Sie können mit schriftlicher Einwilligung der Eltern den Grundschulen sowie den Horten zur Verfügung gestellt und weiter einbezogen werden. Natürlich ist dies nicht nur eine Bringschuld der Kita, Schule muss hier sehr wohl auch aktiv werden.

Verehrte Anwesende, was können wir z. B. tun, um für diese Kinder den Übergang zu erleichtern?

- ❖ Kinder aus den Kitas sollen rechtzeitig die Schule vor Ort besuchen, um den Ort und die Personen kennenzulernen.
- ❖ Es sollten zwischen der Grundschule und den im Einzugsbereich vorhandenen Kindertagesstätten gemeinsame Tage der offenen Tür organisiert werden.
- ❖ Gemeinsame Projekte oder Veranstaltungen oder Feiern eignen sich für ein gemeinsames Kennenlernen.
- ❖ Gemeinsame Informationsabende für Eltern in der Kita mit den Lehrenden der Grundschule sind hilfreich.
- ❖ Sehr wichtig sind auch der fachliche Austausch und die Fortbildung der PädagogInnen und ErzieherInnen, denn beide sind für Bildung und Erziehung in ihrem Kontext zuständig.
- ❖ Sowohl die Fachkräfte in den Kitas als auch die Lehrkräfte in den Schulen müssen die jeweiligen Bildungskonzepte kennen und auf dieser Grundlage arbeiten. Homogene Lerngruppen gibt es in Kindertagesstätten und Grundschulen nicht, auch wenn im gegliederten Schulsystem, aus meiner persönlichen Sicht, dies immer wieder versucht wurde und noch wird. Viel wichtiger ist eine individuelle Förderung. Kinder müssen in ihrem individuellen Entwicklungsprozess dort abgeholt werden, wo sie stehen. Wir können uns die Kinder nicht so zurechtbasteln wie wir sie wollen.

Es muss unser gemeinsames Ziel sein, dass die Unterschiede der Grundfähigkeiten der Kinder jedoch nicht so weit auseinanderdriften, dass der Bildungsprozess wesentlich erschwert wird.

Verdeutlichen möchte ich es an einem nicht zentralen aber plastischen Beispiel. Wenn die Hälfte der Kinder keine Schleife an den Sportschuhen binden kann, ist der Sportlehrende überfordert und dieser so wichtige Unterricht zu Ende, bevor er begonnen hat.

- ❖ Grundsätzlich festgeschrieben ist im §13 Abs. 2 Schulgesetz MV die Zusammenarbeit von der Schule und den Kindertagesstätten im Einzugsbereich. Diese muss im Schulprogramm der Grundschule verankert sein.

Sicherlich trage ich bei vielen von Ihnen Eulen nach Athen mit diesen Beispielen.

Sie sind auch nicht abschließend. Dennoch gibt es aus meiner Sicht mitunter noch Defizite in dieser wichtigen Zusammenarbeit

2. Übergänge in dem Förder-schulbereich

Wie Sie ja wissen, gibt es in Mecklenburg-Vorpommern mehrere Förderschwerpunkte, wie das Lernen, Sehen, Hören, die geistige, körperliche und motorische Entwicklung, die Sprache und die emotionale und soziale Entwicklung der Kinder. Grundsätzliches Ziel der sonderpädagogischen Förderung an den bisherigen Förderschulen ist es, so viele SchülerInnen wie möglich auf einen Übergang in die allgemeine Schule vorzubereiten bzw. diese Kinder so weit wie möglich individuell zu fördern, damit sie ein selbstbestimmtes Leben nach der Schule so gut wie möglich meistern.

Am Montag, den 16.01.2012, hat der Bildungsminister, Herr Brodkorb, das erste Mal mit der einberufenen Expertenkommission beraten. Aufgabe dieser Kommission ist es, möglichst schon im Jahr 2012 ein Langzeitkonzept zur schrittweisen Umsetzung eines inklusiven Bildungssystems in Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln.

Es ist beabsichtigt ein Gesamtkonzept zur Inklusion bis 2020 auf einer soliden Grundlage zu erstellen. Dies bedarf jedoch einer umfassenden Vorbereitung, in die alle Beteiligten mit einbezogen werden. Nur so

kann eine breite Mehrheit für die Inklusion in unserem Land geschaffen werden.

Deshalb wird eine Bestandsaufnahme vorgenommen und die Fragen beantwortet, wie viel und welche Inklusion unter den gegebenen Voraussetzungen nötig und möglich ist und welche Schritte, Zeitpläne, Weiterbildungen, Förderinstrumente etc. in den einzelnen Bildungssystemen bis 2020 gegangen werden sollten. Zu den von der Expertengruppe beratenden Themen wird das Bildungsministerium Fachkongresse veranstalten, um einer breiten Öffentlichkeit die Möglichkeit zur Teilnahme am Diskussionsprozess zu geben.

Eine Begleitgruppe aus VertreterInnen von Kommunen, Gewerkschaften, Verbänden, Eltern- und Schülervertretungen sowie anderer Einrichtungen und ExpertInnen wird die Arbeit der Kommission kritisch begleiten. Auf der Grundlage des Berichts der Expertenkommission wird die Landesregierung dem Landtag voraussichtlich 2013 einen Vorschlag zur Umsetzung der Inklusion in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2020 vorlegen.



3. Der Übergang in die und aus der schulartunabhängigen Orientierungsstufe

Die Regionalen Schulen sowie Integrierten und Kooperativen Gesamtschulen bilden in den Jahrgangsstufen (Jgst.) 5 und 6 die schulartunabhängige Orientierungsstufe. Ausnahmen sind derzeit die Schulen (Gymnasien) für sportlich, musikalisch und kognitiv hochbegabte Kinder.

In der Jgst. 4 sind die Eltern vor dem Übergang in die Jgst. 5 über die Ziele, das Übergangsverfahren und Aufgaben der schulartunabhängigen Orientierungsstufe zu informieren. Auf diesen Informationsveranstaltungen der aufnehmenden Schulen werden die Ziele der Orientierungsstufe, Anforderungen und Schulprogramme den Eltern verdeutlicht.

Die Orientierungsstufe hat die Aufgabe, jeden einzelnen Lernenden auf den bestmöglich folgenden Bildungsgang vorzubereiten. Es sollen nach der 6. Jgst. so viele Kinder wie möglich auf den höchsten Bildungsabschluss, die allgemeine Hochschulreife, vorbereitet werden. Eine Selektion, schon in der Jahrgangsstufe 4 konnte und kann dies nicht leisten. Deshalb hat sich die Einführung der schulartunabhängigen Orientierungsstufe aus unserer Sicht sehr bewährt.

Damit ist sie Wegbereiter für den angestrebten allgemeinbildenden Schulabschluss, die Berufsreife, die Mittlere Reife oder die Hochschulreife, ohne dass eine zu frühe Festlegung erfolgt. Mit dem Übergang in die Jgst. 5 besteht seit 2010 erstmals die Möglichkeit der freien Schulwahl, mit Ausnahme der Grundschulen und der beruflichen Schulen. Damit können die

Erziehungsberechtigten, ausgehend von den Schulprogrammen, zwischen den Angeboten der weiterführenden Schulen zugunsten einer spezifischen Förderung wählen, sofern an der gewählten Schule genügend Aufnahmekapazitäten bestehen.

Die Orientierungsstufe hat für alle Kinder, unabhängig von der Schulart oder dem Standort der Schule, gleiche Rahmenbedingungen, Lerninhalte und Lernziele, so dass am Ende der Jahrgangsstufe 6 eine relativ sichere Schullaufbahneempfehlung durch die Schule gegeben werden kann. Die Schule berät und gibt ein Votum über eine Schullaufbahneempfehlung. Die Entscheidung treffen jedoch die Eltern. Diese Entscheidung ist für LehrerInnen und Eltern nicht immer leicht.

Ab der Jgst. 7 können die Kinder an einer Regionalen Schule, einer Gesamtschule oder an einem Gymnasium lernen. Grundsätzlich hat die aufnehmende Schule den Übergang durch geeignete Fördermaßnahmen zu erleichtern. Aufnehmende und abgebende Schule müssen bei diesem Übergangsprozess zusammenarbeiten. Dies ist aber in der Praxis leider nicht immer so leicht. Sofern die Schule eine Schullaufbahneempfehlung für die Regionale Schule abgegeben hat und die Eltern sich dennoch für ein Gymnasium entschieden haben, ist das erste Halbjahr in der Jgst. 7 das sogenannte Probehalbjahr. Erfüllt das Kind das Klassenziel, kann es in dieser Schulart verbleiben.

Auch dieser Übergang klappt bei den meisten Kindern gut. Aber bei manchen Kindern treten hier Schwierigkeiten auf, weil sich Pubertätsprobleme, Verhaltens-

auffälligkeiten, Lernschwächen, mangelnde familiäre Hilfe der Erziehungsberechtigten mitunter zu einem unlösbaren Problem vermischen. Besonders diese Kinder bedürfen dann unserer Hilfe.

4. Übergang in das Berufsleben

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der oft letzte aber nicht unwichtigste Übergang ist der Schritt in das Berufsleben. Die Berufsorientierung ist im nicht-gymnasialen Bildungsgang der Jahrgangsstufe 7 bis 10 ein umfassender Bestandteil des Unterrichts und von außerunterrichtlichen Angeboten. Spätestens in der Jgst. 9 beginnt für einen Teil der SchülerInnen die Phase des Übergangs in das Berufsleben. Die SchülerInnen, die die Berufsreife anstreben, müssen sich spätestens ab dieser Klasse beruflich orientieren. SchülerInnen, die die Mittlere Reife in der Jgst. 10 ablegen wollen, sollten spätestens jetzt den Übergang planen.

Verehrte Anwesende, was sollte in dieser Übergangssituation beachtet werden?

- ❖ **Eine individuelle Förderung, Begleitung und Beratung junger Menschen ist notwendig**
Es müssen bei den SchülerInnen Stärken aus- und Schwächen abgebaut werden. Nur so kann eine individuelle und praxisverbundene Berufsorientierung gelingen. Die individuelle und praxisverbundene Berufsorientierung im Sinne einer Berufswegeplanung muss fest in der Schule verankert werden.
- ❖ **Es bedarf einer Nähe zur Berufs- und Betriebspraxis**
Von zentraler Bedeutung ist die Einbindung der Wirtschaft und der betrieblichen Praxis in die regionalen Netzwerke und Kooperationen des Übergangsmagements, um Praxisbezug oder betriebliche Verortung von Angeboten realisieren zu können. Die Verbindung von Arbeiten und Lernen im Betriebsalltag eröffnet jungen Menschen die Erfahrung, dass ihre Anstrengungen einen unmittelbaren Nutzen haben.
- ❖ **Eine regionale Koordinierung und Steuerung aller Akteure von Schule – Wirtschaft – Berufsberatung ggf. auch Jugendamt ist hilfreich**
Damit junge Menschen auf konsistenten und transparenten Wegen von der Schule in Ausbildung und Beruf gelangen können, müssen auf regionaler Ebene zuverlässige Verantwortungsstrukturen geschaffen oder ausgebaut werden und eine Transparenz über Angebote, Akteure und Verantwortlichkeiten bestehen.
- ❖ **Es bedarf einer frühzeitigen Vorbereitung für einen gelingenden Übergang.**
Es ist notwendig, bei der Förderung gerade leistungsschwächerer Jugendlicher möglichst frühzeitig anzusetzen. Wichtig ist, dass auch Kompetenzen vermittelt werden, die den jungen Menschen dabei helfen, ihren weiteren Bildungs- und Berufsweg zu gestalten. Insbesondere ist eine fundierte Berufsorientierung erforderlich, die fest im Schulprogramm verankert sein muss. Des Weiteren sollten die Schulen eng mit externen Partnern insbe-



Dadurch, dass die Zahl der jungen Menschen zwischen 15 und 25 Jahren sinkt, wird zukünftig das Problem des Arbeitskräftemangels noch verschärft. Hinzu kommt, dass in unserem Land ein proportional über den Bundesdurchschnitt liegender Anteil junger Menschen in andere Bundesländer abwandert. Wir, d. h. die Schule, wollten flexible junge Menschen erziehen, deshalb ist das Thema Abwanderung für mich nicht nur negativ besetzt

Während sich in den vergangenen Jahren die Unternehmen ausbildungssuchende Jugendliche auswählen konnten, hat sich die Situation in Mecklenburg-Vorpommern nun völlig umgekehrt.

Auf einen Ausbildungsplatz gibt es nur ca. $\frac{1}{2}$ Bewerber oder umgedreht, ein Bewerber kann durchschnittlich unter zwei Ausbildungsplätzen auswählen. Allerdings werden die demografische Entwicklung und eine ansteigende Nachfrage nach Auszubildenden vor allem die Probleme mit SchülerInnen, die nicht ausbildungsreif

sind, nicht lösen. Trotz rückläufiger SchülerInnenzahlen ist der Anteil der Jugendlichen ohne Abschluss oder der Jugendlichen, die nicht ausbildungsreif oder ausbildungsfähig sind, im bundesweiten Vergleich sehr hoch. Trotz vielfältiger Maßnahmen schafft ein nicht geringer Teil der Schulabgänger es nicht, direkt in eine Berufsausbildung einzutreten. Das ist ein sehr großes Problem.

Auch wenn sich die Zahl zukünftig weiter reduzieren wird, ist dies eine erhebliche Verschwendung von personellen/menschlichen und finanziellen Ressourcen. Denn diese Jugendlichen werden durch viele Maßnahmen und Warteschleifen geschickt, z. B. Produktionsschulen, Berufsvorbereitende Maßnahmen oder Weiterbildungen durch die ARGE u. a. Darüber hinaus verbergen sich hier aber auch viele menschliche Schicksale. Um dieses Problem zu minimieren, wurde ein Förderungsprogramm „Produktives Lernen“ für diese Jugendlichen entwickelt.

Produktives Lernen - Was ist das?

- ❖ Es richtet sich an SchülerInnen, die gewillt sind, selbstständig individuelle Lernwege zu beschreiten und in Verbindung mit einer Tätigkeit in der alltäglichen gesellschaftlichen Praxis zu lernen. Insbesondere werden SchülerInnen angesprochen, die durch das übliche Unterrichtsangebot nicht ihren Entwicklungsmöglichkeiten entsprechend gefördert und gefordert werden können, so dass ihr Schulabschluss gefährdet ist.
- ❖ Frühestens nach Beendigung der Jahrgangsstufe 7 und nach Vollendung des 14. Lebensjahres können die SchülerInnen in dieses Bildungsangebot aufgenommen werden.
- ❖ Innerhalb einer flexiblen Schulausgangsphase von zwei bis maximal vier Schuljahren können die Abschlüsse „Berufsreife“, „Berufsreife mit Leistungsfeststellung“ sowie die „Mittlere Reife“ erworben werden.
- ❖ Die SchülerInnen im „Produktiven Lernen“ werden auf drei Anspruchsebenen unterrichtet, die dem jeweiligen Niveau der Jahrgangsstufen 8 bis 10 entsprechen. Das Erreichen einer höheren Anspruchsebene ist im Sinne der flexiblen Schulausgangsphase nicht an die zeitlichen Abläufe eines Schuljahres gebunden.
- ❖ Es besteht ein erhöhter Praxisbezug – an drei Tagen in der Woche werden die SchülerInnen an ihrem Praxisplatz ausgebildet und unterrichtet.
- ❖ Grundlage ist ein besonderes Curriculum, welches sich grundlegend von

herkömmlichen Lehrplänen unterscheidet.

- ❖ Die Lehrkräfte im Produktiven Lernen wurden in einer zweijährigen berufsbegleitenden und zertifizierten Fortbildung qualifiziert.
- ❖ Die Lehrkräfte vollziehen einen Rollenwechsel vom traditionell Lehrenden zum Bildungsberater und Lernbegleiter.

Das Produktive Lernen ist seit 2005 in Pilotschulen und ab 2009 flächendeckend geregelt. Folgende Ergebnisse wurden im Schuljahr 2010/11 an den 27 Standorten erzielt: Von den insgesamt 181 SchülerInnen, die das Produktive Lernen verließen, haben 146 SchülerInnen (80,7 %) die Berufsreife, 4 SchülerInnen (2,2 %) die Berufsreife mit Leistungsfeststellung und 5 SchülerInnen (2,8 %) die Mittlere Reife erworben. Im Umkehrschluss heißt das, dass nur 26 SchülerInnen (14,3 %) es nicht geschafft haben, einen Abschluss zu erreichen; Wer aber weiß, um welche SchülerInnen es sich hier handelt, kann mit Fug und Recht sagen, dies ist ein sehr gutes Ergebnis. Insgesamt werden bisher ca. 1.000 Plätze im Produktiven Lernen vorgehalten. Die Kosten der Förderung im Zeitraum von 2005 bis 2013 betragen ca. 10 Mio. €. (Bildungsministerium MV, 2011)

Sehr geehrte Damen und Herren,
dies waren einige Hinweise eines Pädagogen zu dem Thema Gestaltung von Übergängen an Schulen. Viele Aussagen zeigten Ziele, Ansprüche, Gesetzesgrundlagen auf. Nicht immer können diese jedoch in der Realität umfassend umgesetzt werden.

Dennoch sollte es immer unser gemeinsames Ziel sein, Kindern und Jugendlichen bei dem schwierigen Prozess der Gestaltung ihrer Lebensabschnitte zu helfen. Vor allem dann, wenn vom normalen Weg abgewichen wird, wenn gesundheitsrelevante Probleme in den Entwicklungsabschnitten der Kinder auftreten, wenn sich soziale Belastungen für die Kinder ergeben, dann treten Schwierigkeiten auf und besonders dann ist unsere gemeinsame Hilfe und Verantwortung notwendig.

Dies möchte ich noch an zwei Beispielen verdeutlichen. Sie wissen sicherlich aus Ihrer alltäglichen Praxis, wie der Gesundheitsstatus sowie der soziale Status der Kinder und Jugendlichen die Bildungschancen und die Gewährleistung einer chancengerechten Entwicklung beeinflussen kann.



a) **Meine These lautet, ein guter Gesundheitsstatus stärkt Bildungschancen von SchülerInnen**

Die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen in Deutschland ist im Allgemeinen gut, ebenso die gesundheitliche Versorgung. 15 bis 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen haben jedoch einen schlechteren Gesundheitszustand oder zumindest größere gesundheitliche Risiken, krank zu werden (Bundesministerium für Gesundheit, 2010).

Der Lebensstil und die Lebensumstände in den Familien beeinflussen die Chance der Kinder gesund aufzuwachsen aber erheblich. Kindern und Jugendlichen gelingt es heute immer seltener, die Balance zwischen den inneren und äußeren Anforderungen und den inneren und äußeren Ressourcen herzustellen, d. h. ihre Gesundheit zu erhalten. Darüber hinaus gibt es neue Krankheiten, neue Störungen des Gleichgewichts der Systeme von Körper, Psyche, sozialer und physischer Umwelt. Diese „neue Morbidität“ wird zu einem großen Teil von Störungen der Entwicklung, der Emotionalität und des Sozialverhaltens geprägt. Dabei sind Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien häufiger von Unfällen, verschiedenen Krankheiten, Übergewicht und psychischen Auffälligkeiten betroffen als der Durchschnitt.

Wie gestalten sich gesundheitsrelevante Themen in MV? Hierzu einige Fakten: (Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales, 2012)

- ❖ Nach der aktuellen Schuleingangsuntersuchung in MV ist auffällig, dass Jungen im Vergleich zu Mädchen insgesamt größere gesundheitliche Auffälligkeiten oder Beeinträchtigungen aufweisen. Bei der Grobmotorik und Feinmotorik haben ca. 20 % der Jungen und 10 % der Mädchen Beeinträchtigungen, beim psychosozialen Verhalten weisen ca. 14 % der Jungen und ca. 9 % der Mädchen Schwächen auf, bei psychophysischen Belastungen liegt das Verhältnis Jungen zu Mädchen bei ca. 23 % zu 12 %. Nur bei Übergewicht und Adipositas ist das Verhältnis gleich schlecht.
- ❖ Insgesamt kann man sagen, dass in den letzten Jahren die gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Kinder in unserem Land gleichbleibend hoch sind. Nur der Anteil der Kinder mit Sprachstörungen hat sich von 2003 von ca. 8 % auf über 16 % im Jahr 2009 wesentlich verschlechtert. Eine Ursache ist für mich: Computer, Spielekonsolen oder Handys sprechen nicht, Kinder spielen zu wenig mit Kindern.
- ❖ Nach einer repräsentativen Studie der TK sind 79 % der Kinder in MV weniger als eine Stunde körperlich aktiv. Das belastet inzwischen jeden dritten Lernenden. Hier nimmt MV negativ gesehen bundesweit den ersten Platz ein (Techniker Krankenkasse, 2010).

Wenn es uns gemeinsam gelingt hier positive Veränderungen zu erreichen, können wir auch Verbesserungen bei der Gestaltung der Übergänge der Kinder in der Schule erreichen und Bildungschancen für

alle Kinder verbessern. Kranken Kindern fällt es wesentlich schwerer, gut zu lernen.

Was bedeutet es, schlechte Gesundheitschancen zu haben?

Diese Kinder und Jugendlichen haben geringere Chancen, sich erfolgreich zu entwickeln. Sie können weniger als andere Kinder Lebensstile und Schutzfaktoren ausbilden, die sie langfristig stärken. Sie erwerben mit geringerer Wahrscheinlichkeit die nötigen Lebenskompetenzen und einen guten Bildungsabschluss. Damit schwinden auch die Chancen auf eine gute Lebensperspektive, auf ein langes Leben in guter Gesundheit.

Was unternimmt das Bundesministerium zur Förderung der Schülerschule?

Als besonders beispielgebend möchte ich auf das Landesprogramm „Gute gesunde Schule“ hinweisen. 15 Schulen im Raum Vorpommern hatten sich 2004 zusammen mit Schulen aus Bayern und Berlin auf den Weg zur guten gesunden Schule im Projekt „Anschub.de“ gemacht. Dies ist nicht als nur Anschieben zu deuten, sondern Anschub.de versteht sich als eine dauerhafte **Allianz für nachhaltige Schulentwicklung und Bildung in Deutschland**. Das Projekt wurde durch die Bertelsmann-Stiftung initiiert und getragen. Seit dem Jahr 2010 ist dieses in ein Landesprogramm umgewandelt worden. In diesem Schuljahr kamen 21 neue Schulen hinzu. Nunmehr arbeiten insgesamt 81 Schulen im größten Landesprogramm mit.

Darüber hinaus sind gesundheitsrelevante Themen Bestandteil vieler Rahmenpläne. Mit vielen Partnern, ob Krankenkassen,

Vereinen, Firmen oder Institutionen arbeiten wir zusammen und organisieren gemeinsame Projekte für Kinder und Schulen oder Weiterbildungen für Lehrkräfte. Hierzu gibt es im Land eine große Zahl von Projekten, z. B. gegen Drogen oder Rauchen, für Bewegung, gegen Gewalt oder für ein gesundes Essen.

b) Ein weiterer Punkt, der Bildung für alle Kinder wesentlich beeinflusst und Bildungschancen reduziert, ist die Kinderarmut.

Deutschland hat im internationalen Vergleich eines der ungerechtesten Bildungssysteme. Während von 100 Kindern, deren Eltern über einen akademischen Abschluss verfügen, 83 die Hochschule besuchen, sind es unter den Kindern von Nicht-AkademikerInnen nur 23. Mit seiner 18. Sozialerhebung hat das Deutsche Studentenwerk erneut auf den engen Zusammenhang von sozialer Sicherheit der Studierenden und ihrer Bildungsbeteiligung hingewiesen.

Betrachtet man die Gesamtheit der sozialen Merkmale der Familien in MV – also ihre ökonomische, soziale und kulturelle Lage – so liegt MV insgesamt an vorletzter Stelle vor Bremen. Dies hat bedeutsame Auswirkungen auf die Bildungsbiographien unserer Kinder. Jugendliche aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen oder geringer schulischer und beruflicher Qualifikation können im Laufe ihrer Entwicklung kumuliert Benachteiligungen erfahren. Bei Kindern aus Elternhäusern mit niedrigem sozioökonomischen Status sind Verhaltensauffälligkeiten und –probleme sowie ein geringer kognitiver Entwicklungsstand in den frühen Kindheitsjahren häufiger zu

beobachten, hieß es schon im PISA Länderbericht 2003.

Kinderarmut bedeutet aber mehr als ein materieller Mangel. So wirken sich Einkommen und Bildungsstand der Eltern stark auf den Schulerfolg der Kinder aus. Viele benachteiligte Familien sind nicht in der Lage, ihre Kinder ausreichend zu fördern und zu motivieren, damit sie die Schule erfolgreich bewältigen. Gleichzeitig hat sich nach dem Pisa-Schock der Selektionsdruck in den Schulen weiter erhöht. Auch wenn wir in den letzten Jahren diesbezüglich einiges erreicht haben, reicht das Ergebnis jedoch immer noch nicht aus. Die Folge: Immer mehr Kinder verlassen die Schule ohne einen Abschluss.

Kinderarmut beeinträchtigt natürlich auch die Gesundheit. Diese Wechselwirkung hat besonders negative Folgen auf zu viele Kinder in unserem Land. Armut, mangelnde Bildung und sozialer Ausschluss verstärken sich gegenseitig und beeinträchtigen die gesamte körperliche und geistige Entwicklung von Kindern. Schlechte oder einseitige Ernährung und Bewegungsmangel führen zu körperlichen Auffälligkeiten wie Müdigkeit, Konzentrationsproblemen und Übergewicht. Viele Kinder aus benachteiligten Regionen, ob der Datzberg in Neubrandenburg, der Große Dreesch in Schwerin oder Groß Klein in Rostock, weisen bereits bei der Einschulung Defizite hinsichtlich der Feinmotorik, Grobmotorik und Sprachfähigkeit auf.

Diese Kinder und Jugendlichen leben besonders häufig unter schwierigen sozialen Bedingungen. In ihrem Umfeld fehlen oft Anregungen und Unterstützung

für ihre gesamte Entwicklung, nicht nur bezüglich einer gesundheitlichen Förderung. Gesundheitliche Probleme wegen Armut können sich im Lauf des Lebens verstärken. Soziale Netzwerke vor Ort können auf psycho-soziale Armut und materielle Armut der Kinder positiven Einfluss nehmen.

Praktizierte Ansätze vor Ort zeigen deutlich, dass soziale Netzwerke besonders dann wirksam sind, wenn sie möglichst viele Interaktionspartner miteinander verknüpfen, möglichst viele Lebensbereiche der Kinder umfassen und auf einer vertrauensvollen Beziehung basieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich hoffe, mit meinen Ausführungen einige Diskussionsgrundlagen für Ihre weitere Arbeit in den Arbeitsgruppen gegeben zu

haben und wünsche Ihnen allen ein gutes Gelingen.



Literaturverzeichnis:

- ❖ Bildungsministerium MV. (2011). *Statistik des Bundesministeriums*. Schwerin: Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern.
- ❖ Bundesministerium für Gesundheit. (2010). *Nationales Gesundheitsziel. Gesund Aufwachsen: Lebenskompetenz, Bewegung, Ernährung*. Berlin: Bundesministerium für Gesundheit
- ❖ Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales. (24. Februar 2012). *Gesundheitsberichterstattung: Ausgewählte Befunde der Einschulungsuntersuchung, ab Schuljahr 2002_03*. Abgerufen am 24. Februar 2012 von Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales MV: www.regierung-mv.de
- ❖ Techniker Krankenkasse. (2010). *Forsa-Elternumfrage*. Schwerin: Techniker Krankenkasse Landesvertretung Mecklenburg Vorpommern.

Arbeit in den Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe I: Übergänge Familie – Kita – Grundschule

>> Erfahrungsaustausch der WorkshopteilnehmerInnen und Darstellung gelungener Übergängen von Familie – Kindertagesstätte – Grundschule aus der Praxis <<

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ phil. habil. Barbara Bräutigam: Hochschule Neubrandenburg, Professur für Psychologie, Kinder-/Jugend-/Familientherapeutin



Das Thema Übergänge zwischen verschiedenen Systemen stellt für jede beteiligte Person in Familie und dem entsprechenden Setting eine Herausforderung dar. Dabei werden das Kennenlernen und das Verabschieden, d. h. die vorherrschenden Bindungen, ziemlich unterschätzt. Für die Beteiligten an diesen Übergängen gilt es in einem Dialog zusammen zu arbeiten, um Hemmnissen entgegenzuwirken und einen Bezug zur Gesundheit herzustellen.

Die Übergänge von Familie – Krippe – Kindertagesstätte scheinen leichter abzulaufen als zwischen Kita und Grundschule. Dort geht das zuvor angewandte Wissen verloren. In dieser Phase sind die Zusammenarbeit mit den Eltern und ein Erfahrungsaustausch zwischen Kindertagesstätte und Grundschule wichtig. Hierbei scheint

es notwendig, die Aufgaben der ErzieherInnen im Ablauf des Übergangs detaillierter zu klären. Teilnehmende meinten hierzu, dass die Übergänge auf Grund der Lehrenden scheitern würden. Im Allgemeinen wird jedoch das gegenseitige Interesse unter den Berufsgruppen vermisst. Eine Handlungsstrategie für eine bessere Kooperation könnte sein, dass ErzieherInnen selbst Kontakt zu GrundschullehrerInnen aufbauen und diese in die Kita einladen.

Ein Teilnehmer äußerte im Folgenden, dass Lehrende nur für den Umgang mit „normalen“ Kindern ausgebildet werden, für Besonderheiten der Kinder sei kein Platz und das nötige Wissen würde fehlen.

Es wurde angeregt bei den Übergängen verstärkt lösungs- und ressourcenorientierte Ansätze zu entwickeln. Wobei die Zeit zum Klagen und der Blick auf Defizite mit beachtet werden sollte, um Schwierigkeiten und Reibungspunkte aufzudecken, an denen weitergearbeitet werden kann.

Bezüglich der Herausforderung an das Kind werden die Übergänge derzeit unterschätzt. Aufgabe von allen Beteiligten sollte es sein, die Übergänge zu erleichtern.



Deshalb sei es wichtig festzustellen, wo und wann Übergänge funktionieren. Ein gelungenes Beispiel ist die Zusammenarbeit zwischen Kita und Schulen zu DDR-Zeiten.

Wie gelungene Übergänge derzeit in der Praxis aussehen, wurde im Folgenden an konkreten Beispielen von Teilnehmenden erläutert.

Für eine gelungene Schwellenphase ist es wichtig, dass ErzieherInnen die Kinder ganzheitlich betrachten. Hierbei ist bei Umsetzungsproblemen das Heranziehen von ExpertInnen empfehlenswert. Beispielsweise können SportstudentInnen von extern für das Motoriktraining zur Entlastung der ErzieherInnen einbezogen werden.

Des Weiteren sollten die Bedürfnisse von Eltern und Kindern abgeglichen werden, wodurch die Ängste genommen werden können. Rituale und symbolische Übergänge erleichtern den Wechsel und dienen als gute Vorbereitung für eine baldige Veränderung. Als Beispiel wurde hierzu die Einladung der Eltern von Vorschulkindern zu Kursen genannt, an deren Ende die Eltern als Belohnung einen Schulranzen erhielten.

Als eine gelungene Methode des Übergangs gilt die genaue Untersuchung der Motorikentwicklung bei Kindern im Kindergarten mit Vergleichskontrolle nach einem Jahr. In dem Zwischenzeitraum finden Übungen für die Veränderung und Verbesserung der Motorik statt. Als weiteres positives Beispiel gilt die Schuleingangsuntersuchung ein Jahr vor der Einschulung. Hierbei könnte die Kommunikation zwischen Eltern, ErzieherInnen und ÄrztInnen verbessert werden, um Defizite auszugleichen.

In der Eingewöhnungs- und Kennenlernphase der neuen Umgebung sind Zeit und Gelassenheit wichtig für die Kinder. Dies ist besonders hervorzuheben, wenn die Kinder nicht ihren Möglichkeiten entsprechend untergebracht sind. Als offene und unbeantwortete Frage stand hierauf hin im Raum: „Wo ist die Zeit im institutionellen Rahmen?“

Diskussion

Diese Arbeitsgruppe befasste sich in ihrer Diskussion mit der Frage „Wer wünscht sich was von mir und was wünsch ich mir von anderen?“

Hierzu wurde geäußert, dass unter den SchulärztInnen Gelassenheit fehlen würde. Die ÄrztInnen sollten am liebsten bei den Schuluntersuchungen jeden Antrag stattgeben, da Kinder sich zu dem Zeitpunkt noch weiter entwickeln würden.

Von ErzieherInnen wurde der Wunsch nach Vertrauen und einem stärkeren Meinungsaustausch mit den Eltern geäußert. Im Gegenzug würden die Eltern gerne sehen, dass ErzieherInnen die Übergänge

leiten. Außerdem möchten sie, dass die ErzieherInnen ihre Kinder auf dem individuellen Entwicklungsstand abholen. In dieser Hinsicht dient Kommunikation als Schlüssel und auf die richtige Wortwahl muss geachtet werden. Hervorgehoben wurde, dass Eltern teilweise zu viel von ErzieherInnen erwarten. Doch hierbei sollte der Blick verstärkt auf ein gegenseitiges Geben und Nehmen gelenkt und Entlastung geschaffen werden. Letztendlich muss die Arbeit mit den Kindern und für die Kinder in den Vordergrund gerückt werden. Übergänge gelingen durch die Lockerung und das Hinterfragen von Strukturen und Bürokratie. Unterstützend ist ebenfalls die Ausgangslage der Kinder

zu analysieren und eine Schnupperwoche in den entsprechenden Einrichtungen anzubieten.

Fazit

Die erste Arbeitsgruppe kam zu dem Schluss, dass Übergänge Zeit, Gelassenheit, Kommunikation und ein Wissen aller Beteiligten voneinander benötigen. Die Übergänge Familie-Krippen-Kita funktionieren derzeit gut. Die TeilnehmerInnen äußerten den Wunsch, die ErzieherInnen zu entlasten. LehrerInnen wurden aufgerufen, mehr Kontakt und die Kommunikation zu suchen.



Arbeitsgruppe II: Übergänge Grundschule – Orientierungsstufe

>> Der biographische Übergang im Schulkontext und Erfahrungen über Chancen und Risiken dieses Übergangs für Kinder mit kurzen Einblicken in die entwicklungspsychologische Sichtweise. <<

Dr.ⁱⁿ med. Susanne Schmidt: Hanse-Klinikum Stralsund, Ärztin und Kinderpsychologin



Der Entwicklungspsychologe Erik H. Erikson unterscheidet in seinem Stufenmodell der psychosozialen Entwicklung acht Lebensphasen (siehe Abb. 1). Sowohl die Phase des Schulalters mit dem Konflikt „Eifer versus Minderwertigkeit“, als auch die Phase der Jugend mit dem Problem „Identität versus Identitätsverwirrung“ sind Hindernisse im Zeitraum des Übergangs Grundschule – Orientierungsstufe. Diese Spannungsfelder beeinflussen die psychische Gesundheit von Kindern. Laut WHO-Definition aus dem Jahre 2003 ist psychische Gesundheit ein „dynamisches Gleichgewicht an Wohlbefinden, in dem derjenige seine Fähigkeiten ausschöpft, der normale Lebensbelastungen bewältigen, kreativ und produktiv arbeiten kann

und imstande ist, etwas zu seiner Gemeinschaft beizutragen“ (WHO, 2003). Bezüglich der psychischen Gesundheitsentwicklung bei Kindern stellt der Schulwechsel eine Herausforderung dar. Es kommt zu einer Rollenveränderung. „Der Große“ in der Grundschulgruppe umgeben von Jüngeren, wird in der Orientierungsstufe zu „dem Kleinen“ unter „den Großen“. Das Verlassen der vertrauten Umgebung und die Einwirkungen von vielen neuen und unbekanntem Faktoren führen zur Entwicklung von Erwartungsängsten bei den Viertklässlern. Des Weiteren erlebt ein Kind in der Übergangsphase Einsamkeits- und Fremdheitserfahrungen sowie neue Peer-Group-Erfahrungen.

Erik H. Erikson- acht Lebensphasen

- Kleinkindalter
- Frühe Kindheit
- Spielalter
- SCHULALTER = „Eifer versus Minderwertigkeit“
- JUGEND= „Identität versus Identitätsverwirrung“
- Junges Erwachsenenleben
- Reife
- Alter

Abbildung 1

Verschiedene Einflussfaktoren führen in dieser Schwellenphase zu einer positiven und negativen Entwicklung des Kindes, wodurch in dieser Phase besonders Entwicklungsverzögerungen sichtbar werden. Einerseits beeinflussen Faktoren wie psychosoziale Armut, soziale Isolation oder Suchterkrankung eines Elternteils die negative Entwicklung hin zu einem Risiko-Kind im Übergang (siehe Abb. 2.). Diese Kinder haben ein eingeschränktes Vertrauen zu sich selbst, zu anderen und der Welt und können so die Schwellensituation weniger gut meistern.



Abbildung 2

Andererseits tragen Kinder viel Kraft in sich, um schwierige Situationen erfolgreich bewältigen zu können. Diese auch als Resilienz bezeichnete Ausprägung wird vor allem durch eine enge emotionale Beziehung zu einer Bezugsperson wie einem Elternteil, Großelternteil, einer Tante oder einem Lehrenden unterstützt. Die wahrgenommene soziale Unterstützung stellt ein Sicherheitspolster für die Kinder dar. Auf Grund der Abhängigkeit von der zur Verfügung stehenden Bezugsperson und dem persönlichen Umfeld hat das Geschlecht keinen direkten Einfluss auf die

Kindesentwicklung. Kognitive Fähigkeiten sind förderlich für die Ausbildung der Selbstheilungskraft. Jedoch stellt Intelligenz gelegentlich auch ein Hindernis dar. Weitere positive Faktoren für die Resilienzentwicklung sind:

- ❖ ein proaktiver Problembewältigungsstil durch ein sonniges Temperament
- ❖ körperliche Gesundheitsressourcen
- ❖ ein Ausmaß an Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen,
- ❖ das Selbstwirksamkeitserleben
- ❖ das Erleben von Erfolg und Leistung, auch durch soziale Aktivitäten, die Verantwortung und Kreativität erfordern

Chancen und Schwierigkeiten:

Von den Teilnehmenden in dem Workshop wurden Chancen und Schwierigkeiten, die in diesem Übergang auftreten können, aus Sicht von Kindern und Erwachsenen herausgearbeitet. Als Chancen galten sowohl der Neubeginn und die neue Lernmöglichkeit, als auch die neuen Klassen, LehrerInnen und FreundInnen. Eine positive Identifizierung der Schule als Unterstützer und Helfer durch geschulte Pädagogen erleichtert dem Kind den Übergang. Zusätzlich sind ein intaktes Elternhaus und eine sinnvolle und verzahnte Netzwerkarbeit unter den Schulen nützlich.

Als Schwierigkeiten gelten die Ängste der Kinder, die durch Überforderung und die Suche eines neuen Freundeskreises entstehen können. Ein problembelastetes Elternhaus, starker elterlicher Ehrgeiz oder die „örtliche Bequemlichkeit“ der Eltern, auf Grund dessen Kinder nicht die geeig-

nete weiterführende Schule besuchen, verstärken die negative Entwicklung. Zu geringe Absprachen zwischen GrundschullehrerInnen und LehrerInnen der weiter-

führenden Schulen und die Umstellung des Schulalltags und –weges des Kindes sind problematische Bedingungen für einen gelungenen Übergang.

Literaturempfehlungen

- GESUNDES AUFWACHSEN FÜR ALLE-
www.gesundheitliche-chancengleichheit.de
BZgA 2012-sehr zu empfehlen!
- DAS RESILIENZBUCH, Robert Brooks, Sam Goldstein;Klett-Cotta 2007
- SALUTE! WAS DIE SEELE STARK MACHT, Gert Kaluza Klett- Cotta 2011
- LEHRER LÖSEN SCHULPROBLEME, Claudius Henning Auer Verlag 2000
- SCHULPROBLEME LÖSEN, Claudius Henning; Beltz Verlag 2007
- LOB DER SCHULE, Joachim Bauer; Hoffmann & Campe2007
- WARUM ICH FÜHLE, WAS DU FÜHLST, Joachim Bauer ; Heyne 2006
- WAS IST GUTER UNTERRICHT, Hilbert Meyer ; Cornelsen 2004
- ARBEITSBUCH SCHULISCHE ERZIEHUNGSHILFE, Günther Opp; Klinkhardt 2003

Literaturverzeichnis:

WHO. (2003). *Investing in Mental Health*. Genf: World Health Organization: Department of Mental Health and Substance Dependence, Noncommunicable Diseases and Mental Health.

Erfahrungen aus der Lernwerkstatt

Karin Henning: Caspar David Friedrich Schule Greifswald, Lehrerin

Die Caspar David Friedrich Schule in Greifswald ist eine Ganztagschule, die die Grundlagen der Gesundheitsförderung in ihrem Konzept umsetzt. Die Schule bietet lange Bewegungspausen sowie gesundes Frühstück und Mittagessen. Das Schulprofil basiert auf der individuellen Förderung jedes einzelnen an Hand dreier Säulen, die den Unterricht gestalten. Diese drei Säulen heißen:

- ❖ Gesundheitsförderung und Gesundheitserziehung
- ❖ Inklusion und Integration
- ❖ Praxislernen und Berufsorientierung ab der fünften Klasse

Seit 2002 ist diese Schule eine Integrationsschule mit 50 integrierten SchülerInnen (siehe Abb. 3). Der hauptsächliche Förderschwerpunkt beruht auf der „emotionalen und sozialen Entwicklung“ (EsE). Einen geringen Anteil stellen die Förderschwerpunkte Lernen (L), Hören (H) und Sprache (Sp) dar (siehe Abb. 4).

Der Unterricht wird bei den Förderschwerpunkten Lernen, Hören und Sprechen durch sonderpädagogischen Einzelunterricht gestaltet, der teilweise unterrichtsbegleitend durchgeführt wird. Bei dem Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung findet die Förderung in der unterrichtsbegleitenden Lernwerkstatt statt. Hierbei kooperieren SonderpädagogInnen, SozialpädagogInnen, LehrerInnen mit entsprechendem Zertifikat und die KlassenlehrerInnen.

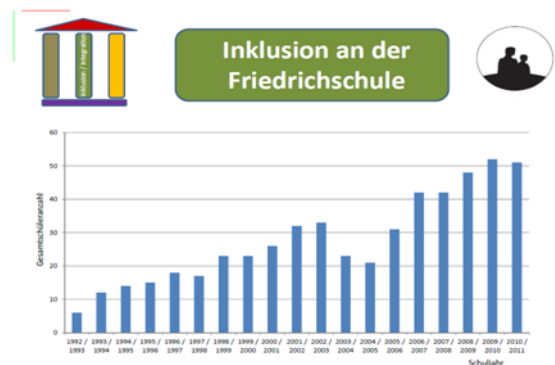


Abbildung 3

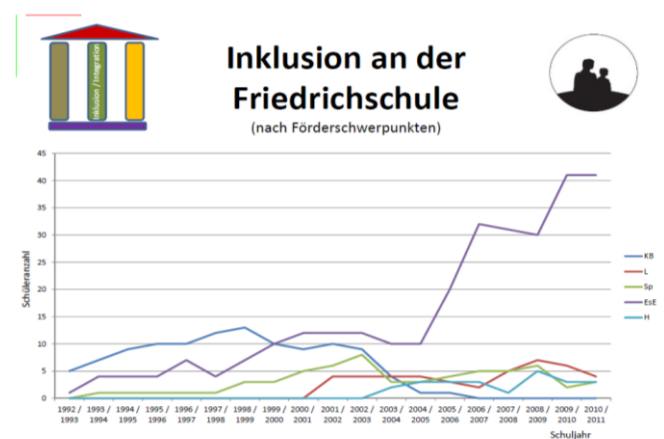


Abbildung 4

Vorbereitungen der fünften Klasse:

Seit November 2011 haben die Vorbereitungen für die kommende fünfte Klasse begonnen. Die Schule unternimmt Informationsveranstaltungen in Kooperation mit Grundschulen. Somit wird der Kontakt zu Eltern von Grundschulkindern aufgenommen. In angebotenen Schnupperstunden erleben Kinder an einem Tag einen Einblick in die Sekundarstufe mit dem Ziel, deren Ängste zu vermindern und die Freude an dem Übergang zu steigern. Auf diesen kurzen Einblick folgt im Anschluss

der „Tag der offenen Tür“, an dem sich die Eltern genauer über die Schule informieren können und der Schulalltag vorgestellt wird. Nach der Schulanmeldung beginnt die Kooperation zwischen GrundschullehrerInnen und den Lehrenden der Regionalen Schule. Die GrundschulklassenlehrerInnen geben Empfehlungen über sinnvolle Klassenzusammensetzungen und die Regionale Schule versucht den Klassenverband zu übernehmen. Der gegenseitige Materialaustausch der Schulen hat einerseits das Ziel, die GrundschülerInnen besser auf die Sekundarstufe vorzubereiten. Andererseits erfahren die Gymnasiallehrenden den Wissensstand der kommenden FünftklässlerInnen.

Zu Schulbeginn wird an der Caspar David Friedrich Schule das Erleben von gemeinsamen Ereignissen im Klassenverband gefördert durch eine Kennenlernwoche mit Wandertag, einem ersten gemeinsamen Museums- oder Kinobesuch, einer Projektwoche „Lernen lernen“ und einer Klassenfahrt. Diese Schule besitzt für die fünfte bis sechste Klasse feste und spezialisierte LehrerInnen-Teams von zwei bis drei Personen, die nach der sechsten Klasse wieder die neuen FünftklässlerInnen übernehmen.

Schulwerkstatt:

Die Schulwerkstatt bezieht sich auf Lernende mit sozialen Schwierigkeiten im Alter von 10 – 15 Jahren. Seit 2004 besteht das Projekt der Lernwerkstatt für die Orientierungsstufe. 2005 kam das Pilotprojekt „Produktives Lernen“ in der Jahrgangsstufe acht und neun hinzu. Auf Grund der guten Ergebnisse des „Produktiven Lernens“ wurde 2009 das Projekt

„Handeln – Erkunden – Entdecken“ in der Jahrgangsstufe sieben eingeführt und läuft an dieser Schule als Schulversuch. Durch das Projekt „Handeln – Erkunden – Entdecken“ wird der Praxisanteil in der siebten Klasse erhöht und dient der frühzeitigen Kompetenzentwicklung der Kinder.

Die Lernwerkstatt in der Orientierungsstufe bündelt pädagogische, sonder- und sozialpädagogische Stunden und dient als Basistraining im Lern- und Verhaltensbereich (siehe Abb. 5). Es besteht für jedes Kind ein individueller Förderplan und die Arbeit findet in Kleingruppen statt. In fünf bis acht Stunden pro Woche werden einerseits die Lernmotivation der SchülerInnen gesteigert und ihre Konzentrations- und Wahrnehmungsfähigkeiten geschult. Andererseits findet in den grundlegenden Bereichen des Lesens, Rechtschreibens, Rechnens und ggf. dem Fremdsprachenbereich eine Förderung statt, um die Anschlussfähigkeit zu erreichen. Dieses Training dient weiterhin dem Konfliktabbau und der Strategieentwicklung für die Angst- und Stressbewältigung. Nach jedem Quartal wird der Entwicklungsstand eines Kindes ausgewertet und es wird beraten, inwiefern eine weitere Förderung von Nöten ist.

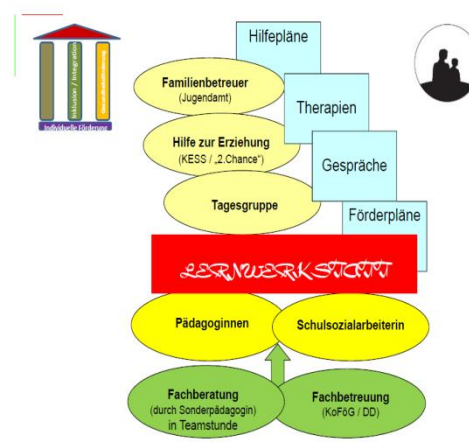


Abbildung 5

Diskussion:

Auf den Vortrag von Frau Henning erfragte eine Teilnehmerin wie die Lernwerkstatt von den Kindern aufgenommen wird, da sie selbst keine guten Erfahrungen mit dieser gemacht hätte. Frau Henning antwortete darauf, dass sie in ihrer Schule positive Erfahrungen mit dem Projekt gesammelt hätten, denn die SchülerInnen würden gerne in die Lernwerkstatt gehen. Sie fuhr fort, dass der Schule gutes Arbeitsmaterial vorliegt, beispielsweise für Konzentrationstraining, welches intensives Arbeiten mit allen Sinnen bei den SchülerInnen hervorruft.

Als eine weitere Frage wurde aus dem Teilnehmendenkreis eingeworfen, wie Frau Henning den Erfolg des Projektes einschätzt. Hierauf entgegnete Frau Henning, dass das Projekt bislang oft geglückt sei und die Schule von vielen Eltern auf Grund der Lernwerkstatt ausgewählt wird. Zur Unterstreichung ihrer Aussage nannte sie ein Beispiel von einem ehemaligen Schüler. Dieser Schüler ist an einer anderen Schule zwei Mal in der fünften Klasse durchgefallen. Seit der sechsten Klasse besuchte dieser Schüler die Caspar David Friedrich Schule. Auf Grund der Lernwerkstatt hat der Schüler seinen Schulabschluss erreicht. Frau Henning merkte an, dass für solch einen Erfolg die Zusammen-

arbeit mit den Eltern wichtig ist. Weiterhin äußerte sie, dass die Lernwerkstatt die Zuversicht und die Widerstandskraft der SchülerInnen stärkt.

Einziger negativer Faktor des Projektes derzeit sei der höhere Lehrendenanteil. Dadurch ist eine gute Absprache unter den LehrerInnen innerhalb einer Woche notwendig. Zuvor waren nur zwei Lehrende an dem Projekt beteiligt.

Fazit

In dieser Arbeitsgruppe ist herausgearbeitet worden, dass weiter an den Übergängen gearbeitet werden muss. Diese Tagung diente als Impulstagung. Auf Grund dessen regte die Moderatorin die TeilnehmerInnen zum Abschluss an, weitere Ideen zu sammeln mit dem Ziel eines erneuten Treffens.

Für die Zukunft wünschten sich die Teilnehmenden eine verstärkte Vernetzung mit besserer Zusammenarbeit zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen und Austausch über Besonderheiten von SchülerInnen. Als weitere Punkte wurden die Medienprävention und die Prävention von Schwierigkeiten mit besserer Vorbereitung des Übergangs, Abbau der Ängste der Kinder und Elternarbeit genannt.

Arbeitsgruppe III: Übergänge Regionale Schule/Praxislernen – Berufsschule

>> Input über das Praxislernen an einer Regionalen Schule am Beispiel der Caspar David Friedrich Schule in Greifswald. Fortführender Gedankenaustausch der WorkshopteilnehmerInnen über das Thema Schule und die Anschlussperspektiven. <<

Anke Thurow: Caspar David Friedrich Schule, Greifswald, Lehrerin

Heike Gerth: Caspar David Friedrich Schule, Greifswald, Lehrerin



Die Themen Gesundheit und Bildung sind eng miteinander verzahnt und das Zusammenspiel beeinflusst das Setting Schule. Der Gesundheitszustand wirkt sich auf die Leistungsfähigkeit und das Wohlbefinden von Lehrenden und Lernenden aus. Die Caspar David Friedrich Schule in Greifswald ist eine durch die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung MV e. V. zertifizierte „gesunde Schule“ und bezieht in das schuleigene Konzept das Thema Gesundheitsförderung mit ein. Jeder Lernende wurde bisher zum Thema Berufsvorbereitung anhand der persönlichen Möglichkeiten gefördert. Seit 2011 liegt eine neue Richtlinie für Regionale Schulen,

Gesamtschulen und berufsbegleitende Schulen vor. Der neue Ansatz schreibt die Aufgabe der Berufsorientierung der gesamten Schule zu. Dies erfolgt sowohl fachübergreifend und fächerverbindend, als auch auf jede Person individuell abgestimmt in gemeinsamer Verantwortung des Lehrerkollegiums. Jede Schule entwickelt für die umfassende Berufsorientierung ein individuelles Konzept und kann Hilfe durch Schulungen vom Ministerium hinzuziehen.

In der Caspar David Friedrich Schule unterstützen die Lehrenden die Lernenden bei der Entwicklung ihrer individuellen Berufs- und Lebensplanung. Der gesamte Prozess wird für alle SchülerInnen einzeln in einem individuellen Portfolio, dem Berufswahlpass, dokumentiert. In diesen Pass beschreiben SchülerInnen selbst ihre Fähigkeiten über Jahre hinweg, wodurch dieser von persönlicher Wichtigkeit ist. Die Lernenden setzen sich durch die Verknüpfung zu beruflichen Optionen mit den Folgen dieser Ergebnisse auseinander und erhalten eine Vorbereitungsmappe für spätere Bewerbungen.

Soziale Hintergründe in den Elternhäusern und die finanziellen Voraussetzungen der Schulen beeinflussen die Durchführung des Praxislernens. Weitere Faktoren sind

die wirtschaftliche Lage der Region durch Ansiedlung und Erreichbarkeit von Firmen und die Qualität von Berufsfrühorientierungsangeboten. Es besteht eine große Auswahl an Orientierungsangeboten, doch es ist nicht immer leicht zu erkennen, welche den einzelnen SchülerInnen wirklich von Nutzen sind. Die Kooperationsverträge mit den Firmen werden für eine lange Zeitspanne abgeschlossen. Dadurch wird nicht bedacht, inwiefern die entsprechenden Firmen der Situation der SchülerInnen und der Arbeitsmarktlage angemessen sind und bleiben.

Im Bezug auf die Berufsorientierung möchte die Caspar David Friedrich Schule die eigenen Fähigkeiten, Stärken und Interessen den Lernenden bewusst machen. Durch schlechte Noten, Zurückweisungen oder Nachhilfebedarf sind SchülerInnen die eigenen Schwächen im Gegensatz zu den Stärken besonders bewusst. Eine Auseinandersetzung mit realen, wirtschaftlichen und ökonomischen Situationen wird angestrebt, wodurch Ausbildung und Berufsbilder kennen gelernt werden. Als letztendliches Ziel möchte die Schule bei den SchülerInnen eine bewusste Entscheidungsfindung für die berufliche Perspektive erreichen. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit BerufsberaterInnen und der Arbeitsagentur. Die Berufsorientierung durchzieht von der siebten bis zur zehnten Klasse die Schullaufbahn mit verschiedenen stufenorientierten Projekten.

Klasse 7:

In der siebten Klasse beginnt die Beschäftigung mit dem Beruf. Zu diesem Zeitpunkt wechseln 40% der Schüler auf ein Gymna-

sium, wodurch sich die Klassen und das Leistungsprofil der Klassen neu anordnen. Stärken und Schwächend der SchülerInnen treten deutlicher hervor.

Besonders hervorgehoben werden die Arbeit in der Schülerfirma und der Projekttag „ein Produkt entsteht“. Der Projekttag und die Schülerfirma sind wirkungsvoll und ermutigen die SchülerInnen. Neben Theorievermittlung wird etwas Vorzeigbares erschaffen. Dies bestätigt SchülerInnen und deren Eltern in ihrem Handeln.

Klasse 8:

In der achten Klasse ist das beginnende „Produktive Lernen“ für viele der Einstieg zu einer dualen Ausbildung. Weitere Förderungsaspekte in diesem Jahrgang sind:

- ❖ die Durchführung eines Praxistages bei Bildungsträgern/Betrieben
- ❖ das Betriebspraktikum, ab der achten Klasse jährlich
- ❖ ein Bewerbertraining
- ❖ der Projekttag „Erste Hilfe“

Auch in dieser Klasse ist das größte Problem bei der Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern der Mangel an Möglichkeiten, Ressourcen, finanziellen Mitteln und Unterstützung. Dadurch kann die Stetigkeit in der Berufsvorbereitung unterbrochen werden und die erarbeitete Basis wird für den Lehrenden nicht weiter ausgebaut und geht verloren.

Klasse 9

In der neunten Klasse finden die Berufsfrühorientierungstage in Betrieben der Region statt und ein Branchenin-

formationstag in der Umgebung von Greifswald. Am Abschluss dieser Tage steht das Absolvententreffen. Hierbei werden ehemalige SchülerInnen der Schule eingeladen; auch solche, die keinen Abschluss gemacht haben. Als Vorbilder können sie durch die Weitergabe ihrer zum Teil negativen Erfahrungen diese für einen Schulabschluss motivieren. Erfahrungsgemäß haben sie auf SchülerInnen eine weit größere Wirkung als die Ratschläge von Eltern und Lehrenden.

In diesem Zeitraum und in der zehnten Klasse nehmen die SchülerInnen am Bundesfremdsprachenwettbewerb teil. Zusätzlich wird das Berufsinformationszentrum besucht.

Klasse 10:

In der zehnten Klasse suchen die SchülerInnen selbst den Betrieb für das anstehende Berufsfrühorientierungspraktikum aus. Im Unterricht wird das Wahlpflichtfach „Kompetenzförderung“ klassenübergreifend mit der neunten Klasse angeboten. Aus dieser Kompetenzförderung ergeben sich Lernpartnerschaften. Ältere SchülerInnen geben Jüngeren Hilfestellungen. So werden Fertigkeiten weitergegeben und die Motivation gesteigert.

Bei dem Konzept der Berufsorientierung ist die Arbeit im Team und die Zusammenarbeit mit den Eltern ein wichtiger Faktor. Einerseits ist die Abstimmung zwischen außerschulischen Partnern, KontaktlehrerInnen und Schulleitung notwendig. Andererseits ist die inhaltliche und organisatorische Absprache im Lehrerkollegium wichtig. Eine Präsenzzeit der Lehrenden ist festgelegt. In dieser Zeit stehen die Lehrer-

Innen hauptsächlich als AnsprechpartnerInnen zur Verfügung. Der Kontakt mit den Eltern erfolgt naturgegeben durch Anrufe oder Briefe nach Hause bei negativen Auffälligkeiten. Durch diese negative Rückmeldung fühlen sich Eltern in der Regel missachtet und ziehen sich aus dem Schulalltag ihres Kindes zurück. Gerade bei sozial schwachen Familien, in denen die positive Zusammenarbeit mit den Eltern Mangelware ist, würde dadurch dem Lernende umfassender Halt genommen. Das Konzept der Berufsorientierung beginnt mit der Erläuterung der Inhalte an einem Elternabend. In diesem Projekt werden die Eltern aktiv mit einbezogen und erfahren durch Einladungen zu Schulpräsentationen eine stärkere positive Rückmeldung. Dies verstärkt die Identifikation mit der Schule des Kindes und in den Familien wird das Thema Berufsorientierung nachgearbeitet.

Durch das Verlassen des defizitorientierten Handelns hin zum ressourcenorientierten Handeln würden die Motivation und das Engagement von SchülerInnen und Eltern deutlich erhöht.

Für die Zukunft plant die Schule den Kontakt zu Berufsschulen zu intensivieren. Als weitere Aussicht ist es wichtig, dass LehrerInnen selbst von dem Konzept der Berufsorientierung überzeugt sind, um nicht nur nach Lehrplan zu arbeiten. Für die Überarbeitung des Prozesses ist eine schuljährliche Evaluation bei SchülerInnen und Lehrenden notwendig. Für Hilfeplangespräche ist es förderlich, wenn LehrerInnen über die soziale Situation des Kindes Bescheid wissen.



Diskussion

In diesem Workshop begann zu dem Thema Hilfeplangespräche die Diskussion. Hierbei wurde hinterfragt wie die Hilfeplangespräche ablaufen und wie die notwendigen Informationen an die unterstützenden Organisationen gelangen. Bei den meisten Hilfeplangesprächen ergreifen die LehrerInnen, die SchulsozialarbeiterInnen oder das Jugendamt die Initiative. Die Eltern müssen dem Gespräch zustimmen. Hier hat sich die Situation insoweit gebessert, als dass Eltern sich gegen eine „Einmischung“ der Schule meist nicht wehren, sondern kooperieren und für Angebote dankbar sind. Somit ist das Problem, die SchülerInnen und ihre Eltern zur Hilfe zu zwingen in der Praxis gering. Bezüglich der Grenze zwischen Datenschutz und Transparenz ist es wichtig, dass die Hilfestellungen für Eltern und SchülerInnen nachvollziehbar sind und die Verschwiegenheit der SozialarbeiterInnen und LehrerInnen gewährleistet ist. Auf dieser Basis geben sozial schwache

Familien alle relevanten Daten freiwillig heraus und stimmen der Unterstützung zu.

Als weiteres Thema wurde die Arbeit von SchulsozialarbeiterInnen angeschnitten. Die SchulsozialarbeiterInnen arbeiten über ihre Zuständigkeit hinaus und identifizieren sich stark mit ihrer Aufgabe. Sie sind Vertrauensperson und AnsprechpartnerIn und unterhalten sich mit verhaltensauffälligen SchülerInnen. Durch beispielsweise die Ausbildung des Streitschlichterteams oder die Mithilfe bei der Schülerfirma halten sie den Kontakt zu den SchülerInnen. Der Zugang zu den Eltern gelingt durch Projekte wie „zweite Chance“ oder „Kess“. Die SozialarbeiterInnen arbeiten oft nicht nur an einer Schule, sondern sind für mehrere Schulen zuständig. Auf diese Weise knüpfen sie dort Kontakte und bilden Netzwerke aus.

Als Beispiele für Kooperationsverträge der Caspar David Friedrich Schule wurden das Jugendamt, „Kess“ und „zweite Chance“ genannt.

Als Abschluss der Diskussion wurden Verbesserungsvorschläge für diese Schwellensituation aufgezählt:

- ❖ Schulen sollten BerufsberaterInnen ins Boot holen, um die Übergänge zur Berufsschule/in die Betriebe/zur Ausbildung zu erleichtern.
- ❖ Rein theoretisch steht den Schulen ein ausreichendes Budget seitens der Träger und Sponsoren zur Verfügung. Durch kostspielige, neue Kleinprojekte profilieren Schulen sich ohne inhaltlich qualitativ hochwertige Hilfe bieten zu können. Gleichzeitig fehlt es an Organisation und Absprache. Projekte und Hilfen müssten viel stärker gebündelt, vereinheitlicht und strukturiert werden, möglicherweise auch über landkreisweit bestimmte Verpflichtungen. Für eine umfassende Wirkung der Projekte ist Kontinuität innerhalb einer Schule und zwischen Schulen notwendig. Des Weiteren wäre eine einheitliche Finanzierung förderlich.
- ❖ Kommunikation mit dem Träger und der Kommune sollte auf Grund der Abhängigkeit der Schulen vertieft werden. Alle Institutionen müssten dazu übergehen, übergreifender zu handeln und sich nicht auf einzelne Zuständigkeiten und eigene Projekte versteifen.
- ❖ Die Caspar David Friedrich Schule könnte als „Konsultationsstützpunkt“ dienen, um bei Fragen zur Umsetzung von Projekten anderen Schulen beratend zur Verfügung zu stehen.

Fazit

Das Ergebnis des dritten Workshops ist, dass die Caspar David Friedrich Schule in Greifswald bezüglich „gesunder Schule“ gut aufgestellt ist. Als Wunsch wurde geäußert, die Kommunikation zwischen den Partnern zu verbessern und Hilfesgespräche miteinander zu führen. Es besteht ein großer Bedarf an Schulsozialarbeit und Maßnahmen für praxisnahe Veränderungen in der Schule sollten angeregt werden.

Abschluss

„Wie geht’s weiter 2012?“ Diese entscheidende Frage begleitete den gesamten Verlauf der gelungenen Werkstatttagung. Hierzu kamen 95 MultiplikatorInnen aus dem Sozial- und Gesundheitswesen zusammen. Angeregt durch einen regen und konstruktiven Erfahrungsaustausch in den Arbeitsgruppen, konnten neue Ideen und Gedankenspiele für die gesundheitsförderlichere Gestaltung der Übergänge bei Kindern und Jugendlichen von den Teilnehmenden mit in die Praxis genommen werden. An dieser Stelle möchten wir uns bei den engagierten ReferentInnen und Teilnehmenden bedanken.

Als Ausgangspunkt für das weitere Vorgehen wurden zum Schluss die bisherigen Strukturen in Stralsund und Rügen sowie derzeitig laufende Projekte vor Augen geführt.

Rettungsboot

Elke Marquard: lokales Bündnis für Familie der Hansestadt Stralsund

„Du bist gestürzt und brauchst ein Pflaster...

Dein Hausschlüssel ist weg...

Der Akku vom Handy ist leer...

Du findest deine Gruppe oder Familie nicht mehr...

Du fühlst dich bedroht...“

(Lokales Bündnis für Familie der Hansestadt Stralsund, 2010)

Das „Rettungsboot“ ist eine Plattform des lokalen Bündnisses für Familie in Stralsund, die in Not geratenen Kindern helfen soll. In der Altstadt weisen „wir helfen dir“-Aufkleber jungen Kindern mit

Problemen den Weg zu Türen hinter denen sich Erwachsenen mit einem offenen Ohr für sie befinden. Wenn Kinder nun eine „Rettungsinsel“ brauchen, können sie sich an die gekennzeichneten Orte wenden. Das zukünftige Ziel des Projektes ist der Übergang in den Großkreis.



Struktur auf Rügen:

Kathrin Harre: Gesundheitsinsel Rügen e. V.

Der gemeinnützige Verein Gesundheitsinsel Rügen e. V. wurde im Jahr 2004 gegründet und bezieht sich auf Gesundheitsförderung und Prävention auf der Insel. Ein weiteres Ziel ist die Kommunikation im Netzwerk. Derzeit kooperiert der Verein mit 72 Netzwerkpartnern. Hierbei wurde auf die Besonderheit hingewiesen, dass die Wirtschaft für die Finanzierung mit einbezogen wird. Der Aufgabenbereich mittels Projektarbeit erstreckt sich beispielsweise über die Bewältigung von Krankheitsbildern wie Adipositas bis hin zur allgemeinen Gesundheitsförderung mit „Hilfe zur Selbsthilfe“. Eine Stärkung des Gesundheitstourismus wird ebenfalls seit Gründung des Vereins angestrebt.

Struktur in Stralsund:

AG Gesundheitsförderung

Hansestadt Stralsund

Ulf Kolbe: Koordinator Gesundheitsförderung Vorpommern-Rügen

Die AG Gesundheitsförderung Stralsund wurde im Jahre 1995 gegründet und ist ein loser Verbund mit 30 bis 35 Mitgliedern. Als Netzwerk für Gesundheitsförderung der Hansestadt umfassen die Mitglieder sowohl Apotheken, Ämter, freie Träger, als auch Krankenkassen, Selbsthilfegruppen und Vereine. Die AG Gesundheitsförderung selbst ist Mitglied bei der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung MV, bei der Stadtteilkoordination Grünhufe/Frankenvorstadt und dem Netzwerk Umweltbildung HST/NVP/RÜG.

Als Hauptaufgabe entwickelt der Verbund regionale Gesundheitsziele. Darauf aufbauend werden zielorientierte Maßnahmen zur Gesundheitsförderung unter Beachtung der Gesundheitsberichterstattung sowie politisch vorgegebenen Schwerpunkten konzeptionell vorbereitet und ein Umsetzungsplan erstellt. Der Landesaktionsplan zur Gesundheitsförderung und Prävention sowie die

Landesgesundheitsziele für Kinder und Jugendliche werden dabei mit berücksichtigt.

Weiterhin wirkt der Verbund bei der Gestaltung und Ausführung von Projekten und Fachtagungen mit wie dieser Werkstatttagung. Im Jahr 2011 wurde sowohl das Projekt „Ich geh zur U und DU?“ in Stralsunder Kitas mit einer Teilnahme von 250 Kindern unterstützt, als auch das Modellprojekt „Lehrergesundheit“ am Hansa-Gymnasium. Als ein weiteres Beispiel dient die Gestaltung des Selbsthilfetages mit Umwelt- und Gesundheitsmarkt.

Als Netzwerkpartner der AG Gesundheitsförderung stellte die Teilnehmerin, Frau Westphal, ihre Arbeit bei der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen (KISS) vor. Sie dient als Ansprechpartnerin für Selbsthilfegruppen. Die KISS unterstützt mehr als 160 Selbsthilfegruppen organisatorisch und inhaltlich. Die Kontaktstelle arbeitet mit der AG Gesundheitsförderung Stralsund zusammen. Somit betont Frau Westphal die Wichtigkeit der Vernetzung.

Durch die Werkstatttagung ist ein Grundstein für die Stärkung der Übergänge in Vorpommern-Rügen gelegt worden. Diese Impulstagung regt alle Teilnehmenden an, weiter gemeinsam intensiv an den Übergängen zu arbeiten.

Als gelungenes Ergebnis der Tagung ist der Ausbau der Netzwerksverknüpfung zu nennen, sichtbar anhand der abschließenden Auswertung der Profilblätter (siehe Abb. 6). Auf der Werkstatttagung wurden

insgesamt 60 Profilblätter ausgeteilt. Auf Grund dessen, dass sich unter den 60 Personen 20 Mitglieder der AG Gesundheitsförderung befanden, sollten 40 Bögen in die Auswertung mit aufgenommen werden. Der Rücklauf der Profilblätter betrug 19 Stück, unter denen sich 14 Teilnehmende zur Mitarbeit an der AG Gesundheitsförderung bereit erklärten. Die Ideen für weitere Tätigkeits- und Themenschwerpunkte sind in Tabelle 1 dargestellt.

Kontaktdaten:	
Ansprechpartner/in: _____	
Einrichtung/Institution: _____	
Adresse: _____	
E-Mail: _____ Telefonnr.: _____	
Welche Ressourcen können Sie einbringen?	
Tätigkeitsschwerpunkte:	Welche Themenschwerpunkte:
In welcher Form können Sie sich eine Zusammenarbeit im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention vorstellen?	
Möchten Sie im Arbeitskreis Gesundheitsförderung mitarbeiten?	
<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Würden Sie diese Werkstatttagung zum fachlichen Austausch wieder besuchen?	
<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	

Abbildung 6

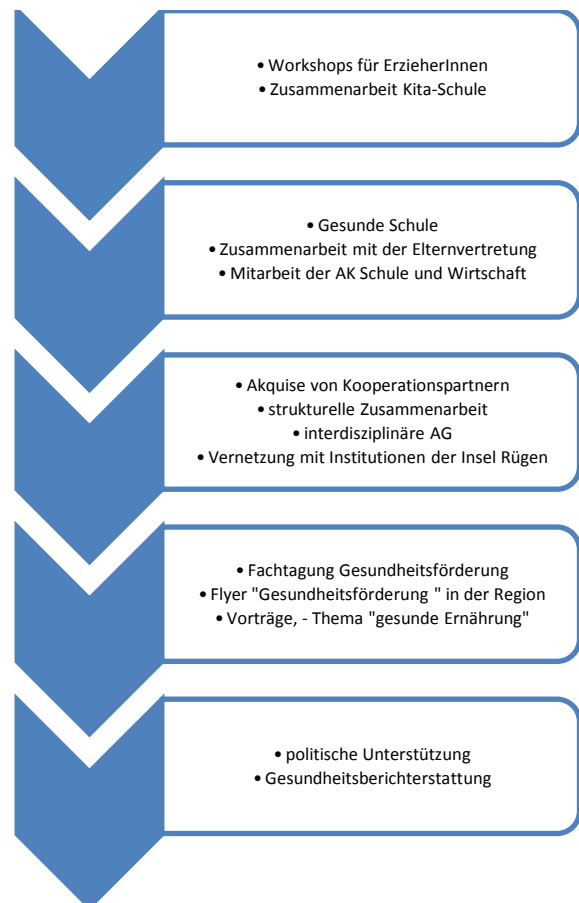


Tabelle 1

Die Frage „Würden sie eine Werkstatttagung wieder besuchen?“ wurde von allen Teilnehmenden auf den zurückkommen- den Profilblättern mit ja beantwortet. Hierauf hin ist das Weiterführen der Veranstaltung erstrebenswert, mit gegebenenfalls einem höheren zeitlichen Anteil

für die Arbeit in den Workshops. Wir würden uns freuen Sie mit neuen Ideen dann wieder begrüßen zu dürfen. Darüber hinaus kann diese Werkstatttagung als Vorbild für ähnliche Projekte in anderen Regionen gelten.

Literaturverzeichnis:

Lokales Bündnis für Familie der Hansestadt Stralsund. (2010). *Rettingsboot: Wir helfen dir*. Abgerufen am 20. Februar 2012 von Stralsund: www.stralsund.de

Kontaktdaten

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ phil. habil. Bräutigam, Barbara

SG Soziale Arbeit, SG Early Education: Psychologie/Jugendarbeit
Hochschule Neubrandenburg
Brodaer Straße 2
17033 Neubrandenburg
Telefon: 0395 5693 5100
E-Mail: braeutigam@hs-nb.de

Gerth, Heike

Caspar David Friedrich Schule Greifswald
Usedomer Weg 1
17493 Greifswald
Telefon: 03834 84 01 96
www.caspar-david-friedrich-schule-greifswald.de
E-Mail: RegS-Friedrich@t-online.de

Harre, Kathrin

Gesundheitsinsel Rügen e.V.
Calandstraße 7/8
18528 Bergen auf Rügen
www.gesundheitsinsel-ruegen.de
E-Mail: info@gesundheitsinsel-ruegen.de

Henning, Karin

Caspar David Friedrich Schule Greifswald
Usedomer Weg 1
17493 Greifswald
Telefon: 03834 84 01 96
www.caspar-david-friedrich-schule-greifswald.de
E-Mail: RegS-Friedrich@t-online.de

Heusler, Jörg

Fachdienstleiter
Fachdienst Gesundheit
Sitz: Gartenstraße 1
18523 Bergen auf Rügen
Telefon: 03838 81 34 19
E-Mail: Amt53@Landkreis-Ruegen.de

Kolbe, Ulf

Koordinator Gesundheitsförderung Vorpommern-Rügen
Landkreis Vorpommern Rügen
Fachdienst Gesundheit
Standort Stralsund
Kniepersdamm 3
18435 Stralsund
Telefon: 03831 37 94 25
E-Mail: gesundheitsfoerderung@stralsund.de

Marquardt, Elke

Familienbündnis Stralsund/ Frauenbüro/ Lokales Bündnis für Familie
Frankendamm 5
18439 Stralsund
Web: www.stralsund.de
E-Mail: familienbuendnis-stralsund@web.de

Schattschneider, Ralf

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern
Werderstr. 124
19055 Schwerin
Web: www.bm.regierung-mv.de

Dr.ⁱⁿ med. Schmidt, Susanne

Oberärztin, Hanse-Klinikum Stralsund
Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik
Rostocker Chaussee 70
18437 Stralsund
Telefon: 03831 45 2600
Telefax: 03831 45 2605
Web: www.damp.de/einrichtungen/hanse-klinikum-stralsund.html
E-Mail: kinder-jugend-psychiatrie@klinikum-hst.de

Thurow, Anke

Caspar David Friedrich Schule Greifswald
Usedomer Weg 1
17493 Greifswald
Telefon: 03834 84 01 96
www.caspar-david-friedrich-schule-greifswald.de
E-Mail: RegS-Friedrich@t-online.de

Impressum

Redaktion

Katja Blaschke, Projektassistentin

Heike Martfeld, Regionaler Knoten

Dr.ⁱⁿ Gundula Moldenhauer, Geschäftsführerin

Herausgeber

Regionaler Knoten Mecklenburg-Vorpommern im Nationalen Kooperationsverbund
„Gesundheitsförderung für sozial Benachteiligten“ bei der

Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Wismarsche Str. 170

19053 Schwerin

Telefon: 0385 7589894

Telefax: 0385 7589895

E-Mail: info@lvg-mv.de

www.lvg-mv.de

Gefördert von der

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Postfach 910152

51071 Köln

www.bzga.de

Satz und Layout

Katja Blaschke, Projektassistentin

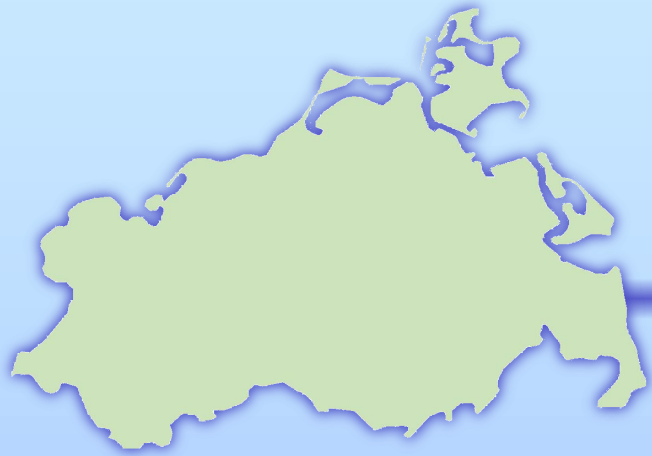
Druck

Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Mecklenburg Vorpommern e. V.

Fotos

LVG MV, [istockphoto.com](https://www.istockphoto.com)

Wir danken den Förderern und KooperationspartnerInnen.



www.lvg-mv.de